

bewegt!

„Die Manager, die uns die ÖVP geschickt hat, haben hunderte Millionen Euro an der Börse verzockt.“

„Geld, das jetzt für moderne Züge fehlt.“

Walter Gaugusch ist einer von 42.000 ÖBB-Beschäftigten und sorgt seit über 25 Jahren dafür, dass die Züge fahren können.



**MEHR VERTEILUNGS-
GERECHTIGKEIT:
VERMÖGENSSTEUER
JETZT!**

vida-Kampagne gegen die Attacken der ÖVP:



Zeit für Gerechtigkeit:
Bankenabgabe und
Transaktionssteuer
in EU müssen kommen



„Wege aus der Krise“:
Vermögenssteuer
bringt 3,5 Milliarden

Bankenabgabe und Finanztransaktionssteuer in der EU müssen kommen:

ZEIT FÜR GERECHTIGKEIT!

Auch wenn es derzeit nicht zu einer weltweiten schärferen Vorgangsweise bei der Regulierung des Bankbereichs kommt - beim jüngsten G20-Treffen der führenden Industrie- und Schwellenländer in Toronto wurde die Entscheidung darüber den Nationalstaaten überlassen -, werden Bankenabgabe und Finanztransaktionssteuer in der EU kommen müssen. „Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass auch jene, die die Finanzkrise verursacht haben, einen gerechten Beitrag zur Beseitigung der Folgen leisten“, sagt SPÖ-Vorsitzender, Bundeskanzler Werner Faymann.

DESHALB HAT DIE SPÖ eine Kampagne unter dem Motto „Zeit für Gerechtigkeit“ gestartet, bei der es um faire Verteilung, soziale Ausgewogenheit und gleiche Chancen geht. Konkret geht es um eine neue Architektur der internationalen Finanzmärkte, die eine stärkere Regulierung und Aufsicht sowie Besteuerung des Finanzsektors beinhaltet, eine intensivere Abstimmung der europäischen Wirtschaftspolitik mit entsprechendem Ausgleich zwischen den Regionen sowie einen verbesserten Schutz der KonsumentInnen - bis hin zum Verbot riskanter spekulativer Finanzprodukte.

Dazu wurde Mitte Juni vom SPÖ-Bundesparteitag ein dichtes Aktionsprogramm beschlossen, das mehr Verteilungsgerechtigkeit bringen soll. Dabei setzt die SPÖ auf ein Bündnis mit den Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, NGOs und KonsumentInnenschutzorganisationen.



Die SPÖ fordert deshalb im Einzelnen

- **die Einführung einer Bankenabgabe:** Die Banken-Solidarabgabe soll auf Basis der Bilanzsumme berechnet werden, wobei ein Abwälzen der Kosten auf Bankkunden/-innen verhindert werden muss. Vermutlicher Ertrag: 500 Millionen Euro;
- **die Einführung einer Finanztransaktionssteuer:** Dadurch würde neben dem fiskalischen Erfolg - nach einer WIFO-Studie würde bereits ein Steuersatz von 0,01 Prozent EU-weit rund 82 Milliarden Euro an zusätzlichem Steueraufkommen bringen - durch den Lenkungseffekt der Spekulationsanreiz sinken;
- **Änderungen bei Managergehältern:** Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit als Betriebsausgaben über

500.000 Euro. Neuregelung der Verantwortung des Aufsichtsrates, indem eine nachträgliche Reduktion der Managergehälter bei einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage ermöglicht wird. Managergehälter müssen künftig an den nachhaltigen Unternehmenserfolg gebunden werden, also mehrjährige Bemessungsgrundlage für Bonuszahlungen;

- **Besteuerung von Stiftungen:** Nach Schätzungen gibt es in Österreich mehr als 3.000 Privatstiftungen mit einem Vermögen von zumindest 60 Milliarden Euro. Durch die derzeitige Zwischensteuer von 12,5 Prozent (statt 25 Prozent wie bei der Kapitalertrags- und Körperschaftssteuer) beträgt die jährliche Steuerersparnis rund 750 Millionen Euro. Spekulati-

onserträge aus dem Verkauf von Wertpapieren sind derzeit nach einem Jahr und aus Immobilien nach zehn Jahren steuerfrei. Deshalb sollte die Spekulationsfrist aufgehoben, das Immobilienprivileg abgeschafft und der Zwischensteuersatz auf 25 Prozent erhöht werden;

- **Reform der Gruppenbesteuerung:** Die Gruppenbesteuerung, von Schwarz-Blau eingeführt, begünstigt ausschließlich Großkonzerne mit internationalen Tochtergesellschaften und kostete im Jahr 2008 den Staat beispielsweise 220 Millionen Euro;
- **Vermögenszuwachssteuer:** In Österreich werden Vermögenszuwächse derzeit ungenügend besteuert. Werden Veräußerungsgewinne von Aktien realisiert, sind diese nur innerhalb einer sogenannten Spekulationsfrist von einem Jahr einkommensteuerpflichtig. Innerhalb dieser Zeit gibt es erhebliche Steuerhinterziehung – geschätzte 80 Prozent der Steuern werden nicht abgeführt.

Deshalb Abschaffung der Spekulationsfrist und Einführung eines Vermögenssteuermodells, das sich am europäischen Niveau orientiert, gleichzeitig aber durch Freibeträge sicherstellt, dass nicht die Vermögen kleiner und mittlerer EinkommensbezieherInnen betroffen sind.

Weitere Informationen unter
<http://gerechtigkeit.spo.e.at>

„FSGvida bewegt!“, Fraktionsblatt der FSGvida. **HERAUSGEBER:** Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen in der Gewerkschaft vida, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Fraktionsvorsitzender Wilhelm Habertzettl. **MEDIENINHABER:** Verlag des ÖGB GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1. **REDAKTION:** Hansjörg Miethling, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1. **GRAFIKDESIGN:** Maiers Büro, Agentur für Öffentlichkeitsarbeit GmbH und r+k Kowanz. **ARTDIREKTOR/GRAFIK:** Peter-Paul Waltenberger. **FOTO-ARCHIV:** Thomas Reimer. **FOTOS:** ÖBB Harald Eisenberger, SPÖ, vida, Manfred Pawlek (Cover), fotolia.com. **FSG IM INTERNET:** www.fsgvida.at. **HERSTELLER:** Verlag des ÖGB GmbH. **VERLAGSORT:** Wien. **HERSTELLUNGORT:** Wien. **DVR-Nr.** 0562041, **ZVR-Nummer:** 158 750 011

EDITORIAL



WILHELM HABERZETTL,
Vorsitzender der Fraktion Sozialdemokratischer
GewerkschafterInnen in der Gewerkschaft vida,
Vorsitzender der Sektion Verkehr

VERMÖGENSSTEUER JETZT!

Die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise, deren Auswirkungen noch längere Zeit anhalten werden, hat auch in Österreich zu politischen Fehlhandlungen geführt: Auch bei uns wurde zunächst viel Steuergeld zur „Rettung“ von Banken verwendet, die mittlerweile wieder kräftig verdienen. Wir brauchen mehr Verteilungsgerechtigkeit – und zwar JETZT!

ÖSTERREICHS ARBEITNEHMERINNEN haben die Krise nicht verschuldet, aber sie sind die Hauptgeschädigten: durch den Verlust von Arbeitsplätzen, durch Sparpakete, durch eine neoliberale Politik, die die bisher schon bestehende Ungleichheit bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen weiter verschärft. Deshalb brauchen wir eine neue Politik, die zu mehr Verteilungsgerechtigkeit führt – und deshalb unterstützen wir sozialdemokratischen GewerkschafterInnen das Aktionsbündnis „Wege aus der Krise“.

Es war ein Sozialdemokrat, Ferdinand Lacina, Finanzminister von 1986 bis 1995, der seinerzeit die damals bestehende Vermögenssteuer abgeschafft und Steuervorteile für Privatstiftungen eingeführt hat. Damals war eine andere Situation, aber heute zwingt uns niemand, politische Fehler von gestern beizubehalten. Die dringend notwendige (Wieder-)Einführung der Vermögenssteuer ist Teil eines Gesamtpakets zur Verteilungsgerechtigkeit, das in der SPÖ-geführten Bundesregierung zügig durchgesetzt werden sollte.

Das wird nicht leicht sein, denn schon die Mindestsicherung, ein Meilenstein bei der Bekämpfung der Armut, wurde von der ÖVP monatelang blockiert. Wir SozialdemokratInnen haben uns letztlich durchgesetzt, ab 1. September wird die Mindestsicherung – endlich – Wirklichkeit.

Den Widerstand der ÖVP spüren wir auch in der Begleitmusik des Eisenbahner-Hassers Lopatka aus Anlass unserer Gehaltsverhandlungen. Zuletzt wollte er uns gar per Zwischenruf von außen eine Nulllohnrunde „verordnen“. Wir EisenbahnerInnen lassen uns von solchen Zwischenruffern nicht beirren – auch deshalb gibt es unsere Kampagne „Unsere Bahn muss rot-weiß-rot bleiben“, für die ich mit Nachdruck um weitere Unterstützung ersuche. Bei unseren Gehaltsverhandlungen wird es jedenfalls ein Ergebnis geben, das den schweren Anforderungen unseres Berufs deutlich Rechnung trägt.

Ich wünsche euch und euren Familien einen schönen Sommer sowie erholsame Urlaubstage.

Wilhelm Habertzettl
wilhelm.habertzettl@vida.at



SIE HABEN Ü
U

GERE

Foto © Shutterstock.com

Die Reichen sind in den letzten Jahren immer reicher geworden. Heute besitzen ÖsterreicherInnen über zwei Drittel des gesamten Vermögens in Österreich. Aber sie zahlen nur einmal 1,5 Prozent des gesamten Steueraufkommens. Es ist nur gerecht, wenn wirklich Reiche ihren Beitrag leisten. Wir fordern Gerechtigkeit. Jetzt! www.fsgvida.at

ÜBER

UNSERE

VERHÄLTNISSE
GELEBT.

DRINGEND. JETZT!

en 10 Prozent der
sie bezahlen nicht
ch alle ihren fairen

FSG vida Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen



EisenbahnerInnen
diffamieren,
ÖBB privatisieren:
Schluss mit der ÖVP-Hetze —
wir wollen in Ruhe für unsere
Kundinnen und Kunden arbeiten!
Unterstützen Sie die Online-
Petition auf www.unserebahn.at

vida-Kampagne gegen Lopatkas ÖBB-Kannibalismus:



Seit Jahren machen die ÖVP und ihr jeweiliges rechtskonservatives Anhängsel (FPÖ, BZÖ) die Bahn und die EisenbahnerInnen in der Öffentlichkeit schlecht. In den vergangenen Monaten hat ÖVP-Staatssekretär Reinhold Lopatka als Nachfolger des Eisenbahner-Hassers Kukacka diese Attacken intensiviert. Deshalb haben die Gewerkschaft vida und die ÖBB-Belegschaftsvertretung Ende Mai eine Kampagne für eine rot-weiß-rote ÖBB gestartet. Es ist Zeit zu handeln!

UNSERE BAHN MUSS ROT-WEISS-ROT BLEIBEN ist das Motto dieser Kampagne. Denn die Ereignisse der vergangenen Monate deuten darauf hin, dass die ÖVP den Ausverkauf der ÖBB vorbereitet. Gezielte Angriffe auf die Beschäftigten und das Unternehmen sollen das Vertrauen in die ÖBB untergraben.

„Wir werden aber nicht zulassen, dass unsere Bahn so lange schlechtgeredet wird, bis sie für die Privatisierung sturmreif ist“, sagt Wilhelm Haberzettl, Vorsitzender des ÖBB-Konzernbetriebsrates und der FSGvida.



Lopatka setzt mit seinem ÖBB- und EisenbahnerInnen-Kannibalismus dort fort, wo Kukacka 2003 mit der Chaosreform der ÖBB gescheitert ist: Mehr Manager als je zuvor, Bonuszahlungen ohne Ende, Spekulationsverluste in Millionenhöhe - das ist die Schreckensbilanz der seinerzeitigen Murksreform. Die damals von ÖVP, FPÖ und BZÖ im Parlament durchgepeitschte Zerschlagung des Unternehmens in zahlreiche Einzelunternehmen hat zu Chaos, Doppelgleisigkeiten und einem riesigen Finanzloch bei den ÖBB geführt. Darunter leidet die Bahn bis heute.

Petition für eine rot-weiß-rote Bahn

Nun will die ÖVP wesentliche Teile der ÖBB, etwa den profitablen Güterverkehr, privatisieren und ausverkaufen. Dann würde das „Ö“ wohl aus dem Namen un-

Zahlen, Daten, Fakten

Die ÖBB bewegen Österreich:

In der EU leben rund 460 Millionen Menschen. Die ÖBB befördern jährlich rund 450 Millionen Fahrgäste – also beinahe jeden/jede EU-BürgerIn.

Die ÖBB schaffen Jobs:

Rund 42.000 MitarbeiterInnen der ÖBB arbeiten 7 Tage die Woche 24 Stunden bei jedem Wetter.

Die ÖBB versorgen uns:

Mit rund 97 Millionen Tonnen beförderten Gütern bringt niemand in Österreich mehr Güter von A nach B als die ÖBB.

Die ÖBB schaffen Werte:

1.878,9 Millionen Euro für ein österreichweites Schienennetz – das sind mehr als 1.600 meist mehrjährige Projekte und natürlich auch Tausende Jobs.

Die ÖBB sind umweltbewusst:

Im Vergleich zum Pkw sparen BahnfahrerInnen knapp 108 g CO₂ pro Personenkilometer ein. Das ist gut für unsere Umwelt und künftige Generationen.

Die ÖBB fördern uneingeschränkte Mobilität:

In den Jahren 2007 bis 2009 wurden rund 18 Millionen Euro in Barrierefreiheit investiert.

Die ÖBB investieren in die Zukunft:

- Die ÖBB-Flotte zählt zum europäischen Spitzenfeld. Über 98 Millionen Euro wurden in die Lok-Flotte investiert, neues Wagenmaterial angeschafft bzw. modernisiert. Kostenpunkt über 352 Millionen Euro.
- Im Güterverkehr wurden rund 5.000 Waggons neu angeschafft und 400 Millionen Euro investiert.
- Um Reparatur und Wartung rasch und präzise gewährleisten zu können, wurden rund 160 Millionen Euro in die ÖBB-Werkstätten investiert.
- Zum ÖBB-Fuhrpark gehört auch der ÖBB-Postbus. In den letzten zwei Jahren wurden rund 20 Prozent der gesamten Bus-Flotte erneuert. Kostenpunkt über 55 Millionen Euro.
- Die ÖBB investieren aber auch, damit die Fahrgäste noch schneller an ihr Ziel kommen: Wien – St. Pölten in 25 Minuten, Wien – Salzburg 2 Stunden 15 Minuten – ab 2012.

Die ÖBB setzen auf Qualität:

Für den „Qualitätsfokus Bahnhof“ investiert das Unternehmen zehn Millionen Euro. Damit werden Ausstattung und Infosystem laufend verbessert.

serer Bahn verschwinden. Um dies zu verhindern hat die Gewerkschaft vida gemeinsam mit der ÖBB-Belegschaftsvertretung eine Kampagne gestartet, die zu einer Petition an Bundeskanzler Faymann, Vizekanzler Pröll, Verkehrsministerin Bures und ÖVP-Staatssekretär Lopatka führen wird. Bisher wurde diese Petition auf unserer neuen Internet-Plattform www.unserebahn.at bereits von rund 6.000 Personen unterzeichnet – es müssen noch mehr werden! Die Unterschriftenlisten sowie weiteres Informationsmaterial können für jene KollegInnen, die über keinen Internetanschluss verfügen, von der Website heruntergeladen bzw. ausgedruckt werden. Die ausgefüllten Unterschriftenlisten sollten an die Bundesfachgruppe Schiene der Gewerkschaft vida übermittelt werden.

Auf der Website www.unserebahn.at dokumentieren wir, warum die EisenbahnerInnen und die ÖBB für Österreich unverzichtbar sind, präsentieren Zahlen, Fakten und Daten über die ÖBB (siehe Kasten) und stellen die von Lopatka verbreiteten Halb- und Unwahrheiten über uns EisenbahnerInnen richtig.

Denn unsere Bahn muss rot-weiß-rot bleiben!



WELLCON
GESELLSCHAFT FÜR PRÄVENTION UND ARBEITSMEDIZIN

ZEIT FÜR IHRE GESUNDHEIT

STELLEN SIE DIE WEICHEN AUF FIT UND GESUND

ALS MARKTFÜHRER BIETEN WIR IHNEN IM BEREICH ARBEITSMEDIZIN UMFASSENDE BETREUUNG UND BERATUNG:

ARBEITSMEDIZINISCHE BETREUUNG
ARBEITSPSYCHOLOGIE
VORSORGEUNTERSUCHUNGEN
ERNÄHRUNGSBERATUNG
RAUCHERENTWÖHNUNG
SPORTWISSENSCHAFT
IMPFUNGEN

DETAILLIERTE INFORMATIONEN ZU UNSEREM ANGEBOT ERHALTEN SIE UNTER WWW.WELLCON.AT

„Wege aus der Krise“: Vermögenssteuer einführen 3,5 MILLIARDEN FÜR DIE ZUKUNFT!

Die weltweite Finanzkrise hat auch in Österreich schwerwiegende Folgen: Arbeitsplätze gehen verloren, Budgetlöcher sollen mit Sparpaketen und Massensteuern gestopft werden. Die breite zivilgesellschaftliche Allianz „Wege aus der Krise“, der neben der Gewerkschaft **vida** unter anderem **GLOBAL 2000**, **Greenpeace**, die **Armutskonferenz**, die **Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung**, **SOS Mitmensch** und die **Produktionsgewerkschaft PRO-GE** angehören, fordert eine andere Politik: die Einführung der Vermögenssteuer.

IN KEINEM ANDEREN LAND in Europa (mit wenigen Ausnahmen) wird Vermögen so niedrig besteuert wie bei uns. Zehn Prozent der Bevölkerung besitzen knapp 60 Prozent des gesamten Vermögens von rund 1.200 Milliarden Euro. Da diese Vermögen denkbar gering besteuert werden, tragen Arbeitseinkommen einen immer größeren Teil der Steuerlast.



Österreichweiter Aktionstag: Tabu Steuerprivilegien endlich mit einer Vermögenssteuer anpacken, um die Kürzung von Sozialleistungen zu verhindern.



Die Zahl der österreichischen Euro-Milliönäre ist trotz der Wirtschaftskrise um elf Prozent auf 68.000 Personen gestiegen, deren Vermögen sich auf 210 Milliarden Euro vermehrt hat. Demgegenüber ist rund eine halbe Million Menschen in Österreich von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen, weitere 500.000 gelten als armutsgefährdet. „Es braucht den Mut, Tabus, wie es die Steuerprivilegien der Reichen sind, anzupacken“, fordert **vida**-Vorsitzender Rudolf Kaske. Mit der Einführung der Vermögenssteuer könnten sinnvolle Zukunftsinvestitionen finanziert werden – etwa die Ausweitung des Angebotes an Pflege und Betreuung und der Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Kaske: „Das bringt allen etwas und

schafft zudem Tausende sinnvolle, neue Arbeitsplätze.“

Mit einem österreichweiten Aktionstag am 24. Juni wurden „Wege aus der Krise“ aufgezeigt: So könnten mit der Vermögenssteuer 3,5 Milliarden Euro von den reichsten zehn Prozent der ÖsterreicherInnen aufgebracht werden. Das sind lediglich 0,5 Prozent des Gesamtvermögens der reichsten ÖsterreicherInnen, aber damit könnten das Budget saniert und Schulden abgebaut, dringend nötige Zukunftsinvestitionen finanziert sowie Massensteuern und Kürzungen von Sozialleistungen verhindert werden.

Mehr Infos unter www.vida.at und www.wege-aus-der-krise.at

Ein Ersuchen des Verlages an den Briefträger:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

 _____ / / /
 Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür
 /
 Postleitzahl Ort

Besten Dank

F-D5